

dikaldemokrat*innen und der Sozialintegrativen (siehe Kap. 5.4.1). Es stimmt aber auch für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, (Enttäuschten) Sozialliberalen und Ökologie-Zuerst-Bewegten aus dem gewerkschaftlichen Milieu. Die Innen-Außen-Spaltung ist deshalb eine zentrale strategische Herausforderung für den Grünen Sozialismus. Das legen auch die Ergebnisse der Wahlforschung nahe, die Wahlerfolge der AfD in unteren Einkommens- und Bildungsschichten gut dokumentiert – gleichzeitig aber zeigt, dass etablierte Parteien und die »Partei der Nichtwähler*innen« hier ebenfalls erfolgreich sind (siehe Kap. 5.1.3 und 5.4). Bei aller gebotenen Differenziertheit: Entscheidend für die Wahl der AfD ist auch bei Angehörigen der unteren Schichten der Arbeiter*innenklasse bei den vergangenen Bundestagswahlen überwiegend die Sorge um/Angst vor zu viel Einwanderung und kultureller Überfremdung gewesen (Kap. 5.4). Das schließt nicht aus, dass auch enttäuschte Sozialprotestwähler*innen für die AfD stimmten. Ausschlaggebend war dieses Motiv beim Gros der neu nationalradikal Wählenden aber nicht.

6.3. Grüner Sozialismus – Was tun?

Diese Schilderung der Möglichkeiten und Herausforderungen, die das zerklüftete Klassenterrain der prekären Zweidrittelgesellschaft und das Feld der popularen Ideologien für unterschiedliche politische Projekte, insbesondere aber das Projekt des Grünen Sozialismus, bietet, wirft die Frage auf, was dieses Projekt leisten müsste, um eine gesellschaftliche Allianz zu schmieden.

Ich möchte meine Überlegungen dazu abschließend in vier Thesen darlegen: Der Grüne Sozialismus braucht eine Vier-in-Eins-Perspektive, besonders wichtig ist das Eintreten für Solidarität und Zusammenhalt, Demokratie, Antifaschismus und Klimaschutz (These 1). Das Projekt müsste eine klare oppositionelle Haltung mit einer überzeugenden Reformpolitik verbinden, insbesondere durch Reformexperimente zeigen, dass die grundlegenden Veränderungen, die es anstrebt, einen Realitätskern haben (These 2). Wichtig ist darüber hinaus, sollen Menschen aus unterschiedlichen Klassenpositionen, verschiedenen Milieus und mit verschiedenen Deutungsmustern gewonnen werden, eine greifbare konkrete Utopie. Nötig ist daher ein linker Republikanismus, für den die Vision der Neugründung des Sozialstaats und Plädoyers für gesellschaftliche Demokratisierung eine zentrale Rolle spielen müssten (These 3). Das Plädoyer für die Demokratisierung der Wirtschaft könnte und sollte ein integraler Bestandteil dieses Linksrepublikanismus sein (These 4). Ich werde mich bei der Plausibilisierung dieser Thesen weitestgehend auf die Ergebnisse meiner eigenen empirischen Untersuchung beziehen.

6.3.1 Vier-in-Eins: Gleichheit, Demokratie, Antifaschismus, Klimaschutz

Um eine gesellschaftliche Allianz aufzubauen, müssen mehrere gesellschaftliche Probleme gleichzeitig aufgegriffen werden, die die Nation und insbesondere die möglichen Trägergruppen dieser Allianz bewegen: Die Diagnose schwindender Solidarität und Gleichheit, das Unbehagen an der Politik, die Angst vor Demokratiezerstörung sowie Rechtsruck und die Sorge um den Klimawandel.

Anfang der 1980er Jahre setzte sich der Kulturwissenschaftler Stuart Hall mit dem »Thatcherismus« auseinander, einem der erfolgreichsten gesellschaftsverändernden politischen Projekte der jüngeren Geschichte. Welche Elemente der politischen Arbeit der Neoliberalen haben zur Erfolgsgeschichte beigetragen, was könnte die Linke daraus lernen? Seine Antwort: Der Thatcherismus schlug nicht nur Reformen vor, er kritisierte die anderen politischen Projekte nicht nur ein wenig. Er attackierte den von diesen mitgetragenen gesellschaftlichen Grundkonsens (der eng mit dem Wohlfahrtsstaat verflochten war) vielmehr frontal (Hall 1988, 45), stellte den zunächst gängigen politischen Ordnungsprinzipien eigene entgegen, verband diese mit einer eigenen Alltagsphilosophie (ebd., 277) und führte eine Auseinandersetzung an verschiedenen sozialen und politischen Fronten (ebd., 274): Es ging ebenso um Wirtschafts- und Sozialpolitik wie um Familien-, Einwanderungs-, Innen- oder Bildungspolitik, insbesondere ging es immer auch um Moral (ebd., 154). Auf diese Weise gelang es der Rechten, Subjekte mit unterschiedlichen Klassenpositionen für den Thatcherismus zu gewinnen (ebd., 5–6). Hall schlussfolgerte, nötig sei die ideologische Auseinandersetzung, die Rahmung bzw. die Einbettung eigener Vorschläge in eine eigene Philosophie, die an populäre Vorstellungen anknüpfen müsse.

Das bedeutet dreierlei. *Erstens* lassen sich Menschen laut Hall nur dann für eine Strategie gewinnen, wenn sie klar erkennen können, wo und wie sie gegen die Strategien politischer Gegner gerichtet ist, was die organisierenden Prinzipien der eigenen Strategie sind und mit welcher philosophischen Perspektive sie verbunden ist, die sie von denen der Gegner unterscheidet. Das bedeutet: Es ist eine harte politische Auseinandersetzung nötig, die immer ideologisch sein muss (ebd., 277). *Zweitens* muss diese ideologische Angriffspolitik mit einer positiven Vision verbunden werden, die an populäre Vorstellungen anknüpft und attraktiv ist. Auch das ist eine ideologische Operation, im Fall des Neoliberalismus die Popularisierung der Vorstellung, mehr Markt würde für alle mehr Freiheit bedeuten. *Drittens* muss, mit diesen Formen der Ideologiepolitik verbunden, eine populäre Bündnispolitik entwickelt werden, die verschiedene Menschen zusammenbringt. Das bedeutet, so Hall, bewusst eine Politik zu entwickeln, die zu Menschen in sehr unterschiedlichen sozialen Positionen spricht (ebd., 280), die es vermag, die große soziale Diversität der heutigen Gesellschaft aufzugreifen. Ein analytischer Ausgangspunkt muss dabei sein, dass soziale Interessen widersprüchlich sind (ebd., 281). Es ginge um eine Politik, die um populäre Identitäten kämpft, d.h. in der Lage wäre ganz unterschiedliche soziale und politische Ansprüche und Bedürfnisse anzuziehen – eine Politik, die es ganz verschiedenen Menschen erlaubt, sich mit ihr zu identifizieren, sich darin wiederzufinden (ebd., 282).

Die empirischen Befunde, die ich bisher soziologisch rekapituliert habe, legen etliche Potenziale offen, die das Projekt des Grünen Sozialismus aufgreifen könnte. Als Kitt oder Verbindendes könnte dabei eine Politik der Gleichheit (Kahrs 2022, 604) wirken. Denn die Vielfalt von Emanzipationsbewegungen, die sich in der modernen spätkapitalistischen Gesellschaft verbreitet haben, haben eines gemeinsam: sie beruhen auf Gleichheits- und Demokratieansprüchen (Laclau/Mouffe 2000, 201). Emanzipationsbewegungen entzünden sich, wenn aus einem objektiven Unterordnungsverhältnis ein subjektiv empfundenes Unterdrückungsverhältnis wird. Das kann geschehen, wenn neue Ansprüche mit alten Ordnungen zusammenstoßen (historisch am Beispiel der »Schwulenbe-

wegung« z.B., weil Homosexuelle ebenso gleich vor dem Gesetz und in ihrer Lebensgestaltung sein wollten wie heterosexuelle Männer und Frauen – gleiche Rechte und gleiche Lebensmöglichkeiten), oder wenn alte Identitäten verletzt werden (wobei Identitäten hier nicht nur wie im landläufigen Sinne Selbstbild und Selbstverhältnis meint, sondern auch die mit einer Position verbundenen Funktionen und Fertigkeiten) – etwa weil Lohnstandards oder Gewohnheitsrechte angegriffen werden und sich aufgrund dessen Arbeiter*innenbewegungen im Betrieb bilden (ebd., 200–201). Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten eine Pluralisierung solcher Emanzipationsansprüche erlebt, ebenso eine der sozialen Bewegungen: der Gewerkschaftsbewegung, der Umwelt- und Klimabewegungen, der LGBTQ-, aber auch der antirassistischen und antifaschistischen Bewegung.

Meine empirischen Forschungsergebnisse legen zwar nicht nahe, dass sich die Befragten offensiv auf diese unterschiedlichen sozialen Bewegungen beziehen, die sich in den vergangenen Jahren in Deutschland entwickelt haben; sie zeigen aber eine gewisse Sensibilität und Offenheit gegenüber, teilweise auch eine starke positive Bezugnahme auf die Themen und Problemstellungen, die von den Bewegungen aufgeworfen wurden und werden. Es ist zwar richtig, dass heute nicht die eine klassen- bzw. schichtübergreifende Problemwahrnehmung bzw. Sichtweise auf die Gesellschaft greifbar ist (Kahrs 2022, 603), aber im empirischen Material zeichnen sich einige Bündelungs- oder politische Verdichtungspunkte von Problem- und Ungerechtigkeitswahrnehmungen ab. Das gilt neben der Kritik an zu großer Ungleichheit und der Unzufriedenheit mit dem zu großen politischen Einfluss von Konzernen und Reichen insbesondere für die Probleme »Klimakrise und nachhaltige Entwicklung« und »antiliberale Entwicklung durch Erstarken der extremen Rechten«. Ich möchte im Folgenden begründen, warum diese Problem- und Ungerechtigkeitswahrnehmungen im Werben für ein solches Projekt aufgegriffen werden können.

(a) Gleichheit und Zusammenhalt: In Kapitel 6.1.1 habe ich die zentralen Entwicklungslien der materiellen Ungleichheit und Unsicherheit in der prekären Zweidrittelgesellschaft zusammengefasst. Die Analyse zeigt, dass das Projekt des Grünen Sozialismus sich auf einem zerklüfteten Terrain bewegen muss, um Menschen in sehr unterschiedlichen sozialen Lagen anzusprechen: Aus mittleren Schichten der Arbeiter*innen- und lohnabhängigen Zwischenklasse ebenso wie das (in der Tendenz) untere Drittel. Ein solches Unten-Mitte-Bündnis muss insofern an sehr unterschiedliche Lebensrealitäten anknüpfen und verschiedene Klassengeschichten aufgreifen. Zugespitzt formuliert: Im geteilten Zielhorizont allen ein unbeschwertes Leben zu ermöglichen, müsste der Grüne Sozialismus die Lage des unteren (tendenziellen) gesellschaftlichen Drittels kurzfristig massiv verbessern und die Lage der mittleren Schichten der Arbeiter*innenklasse, der lohnabhängigen Mittelklasse und des Kleinbürgertums zunächst stabilisieren. Es ginge um einen sozialen Fahrstuhl nach oben für die unteren 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung, und um soziale Entspannungspolitik für die mittleren 30 bis 40 Prozent – möglich wäre dies nur durch eine ant oligarchische Verteilungspolitik, die den Reichtum nach unten leitet, durch eine Stärkung der betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften, durch eine »Entprekarisierung« der Arbeitsmarktpolitik und eine Bildungs- und Qualifizierungspolitik, die Bildungsprivilegien der oberen Mittel- und

Oberklasse bricht. Der Glutkern des Grünen Sozialismus sollte vor diesem Hintergrund das Streben nach Gleichheit und Zusammenhalt sein (ebd., 603–604), Zusammenhalt im Sinne von Solidarität: eines Miteinanders und eines politischen Gemeinwesens, in dem niemand zurückgelassen wird. Anknüpfungspunkte, das zeigt die Untersuchung des Terrains der populären Ideologien, gibt es für eine solche Politik verschiedene. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Deutung, eine große soziale Mitte, zu der sich das Gros der Befragten selbst zählt, sei unter Druck, und in weiten Teilen der Befragten dominierten eher verunsicherte, bescheidene oder resignative Zukunftserwartungen. Aufzugreifen wäre vor diesem Hintergrund die grundlegende Wahrnehmung einer zu ungleichen Gesellschaft, der häufige Eindruck einer zu großen Reichtumsballung an der Spitze; die weit verbreitete Haltung, dass der Sozialstaat Sicherheit und soziale Teilhabe ermöglichen sollte; die demokratischen Gemeinwohlorientierungen, die insbesondere für das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen typisch sind.

(b) Demokratie: Zum Unbehagen an der Ungleichheit kommt ein Unbehagen an der Politik hinzu, das als Deutungstendenz auch in der qualitativen Kurzbefragung sichtbar wurde. Es findet sich ebenfalls in allen rekonstruierten Deutungsmustern. Allerdings hat dieses Unbehagen an der Demokratie unterschiedliche Bedeutungen, ist unterschiedlich stark ausgeprägt und hat daher auch unterschiedliche politische Folgen in den einzelnen Mustern. Der kleinste gemeinsame Nenner ist: Die Politik reagiert nicht angemessen auf die Anliegen der gewöhnlichen Menschen, bevorzugt werden die Interessen der Reichen und (großen) Unternehmen. Hinzu kommen Wahrnehmungen, nicht angemessen vertreten zu werden, auch wenn diese nicht in jedem Deutungsmuster dominant sind. Aber auch für weitergehende wirtschaftliche Demokratisierungsvorschläge scheint es bei einem relevanten Teil der von mir Interviewten durchaus Offenheit zu geben (siehe Kap. 6.2.3). Wirtschaftsdemokratischen Vorschlägen gegenüber zeigte sich jedenfalls eine relevante Minderheit aufgeschlossen, während ein etwa ähnlich großer Teil sie ablehnte – dazwischen eine Gruppe von Skeptiker*innen.

Ich würde vor diesem Hintergrund – in Anlehnung an Norbert Bobbio (siehe Kap. 5.3) – zwischen einem im eigentlichen Sinne linken und in der Tendenz rechten Unbehagen an Politik und Demokratie unterscheiden. Zur Erinnerung: Links ist für Bobbio eine Orientierung, die stark an Gleichheit ausgerichtet ist, rechts eine, die Ungleichheiten bzw. Hierarchien wertschätzt. Ein linkes Unbehagen an der Politik entzündet sich an der politischen Bevorzugung von wirtschaftlichen Eliten (unabhängig davon, worauf dies nun zurückgeführt wird) oder von Bevölkerungsgruppen, deren Interessen aufgrund bestimmter askriptiver Merkmale bevorzugt werden (z.B. die Kritik am tendenziellen Ausschluss von Migrant*innen oder einfachen Arbeiter*innen aus dem politischen Feld). Der normative Horizont, also: »wie es sein sollte«, ist in den Gesprächen, die ich geführt habe, überwiegend nicht die »ungleiche Bevorzugung« der Interessen »der Mitte« oder »des Unten«, sondern tatsächlicher Pluralismus, also eine Ordnung, in der wirklich die Interessen aller sozialen Gruppen die gleichen Chancen haben, sich durchzusetzen. Das gilt insbesondere für die Muster der (Enttäuschten) Sozialliberalen, der Leistungsorientierten Sozialkonservativen und die Unterströmung der Ökopragmatiker*innen unter den Ökologie-Zuerst-Bewegten. Allein im Muster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen und in der Unterströmung der Klimasozialen lässt sich eine rebellischere Haltung gegen-

über dem gesellschaftlichen Oben nachzeichnen, die sich auch mit Ansprüchen auf eine Bevorzugung der Interessen der unteren und mittleren Schichten verbindet – dies aber, um den gleichen Einfluss gewöhnlicher Menschen auf die politische Entscheidungsfindung zu garantieren. Deshalb ist von einer popular-demokratischen Haltung die Rede. Ein rechtes Unbehagen an der Demokratie finden wir insbesondere im Muster Sozial-rebellischer Nationalist. Auch hier spielt der Eindruck eine wichtige Rolle, dass die eigenen Anliegen gegenüber »den Anderen« nicht gehört, nicht wahrgenommen werden. »Die Anderen« sind aber in besonderem Maße Migrant*innen oder Menschen mit Migrationshintergrund, der normative Fluchtpunkt die Sehnsucht, die eigenen Anliegen sollten stärker Gehör erlangen als die von »den Anderen«. Insofern läuft diese auf die (nicht immer klar formulierte) Forderung nach einer politischen Ungleichheitsordnung hinaus: erst »Wir«, dann »Die«.

(c) Antifaschismus: In der qualitativen Kurzbefragung, auf die ich in Kapitel 5.2 eingegangen bin, gab es auf die Frage, was die größte Herausforderung sei, vor der die deutsche Gesellschaft steht, am häufigsten Antworten, in denen auf erstarkende Fremdenfeindlichkeit und den Rechtsruck hingewiesen wurde. Um Missverständnissen vorzubeugen: Das bedeutet nicht, dass »der politische Rechtsruck« das alles bestimmende Problem für die Gesamtheit der Befragten war; Antworten, die auf »soziale Themen« hinwiesen, wären weitaus häufiger gewesen, hätte ich sie zu einem einzigen Themenkomplex summiert. Gleichwohl zeigt dieser Befund, dass die Erfolge der AfD, rechte Gewalttaten und sichtbare Fremdenfeindlichkeit die Gemüter bewegen. Auch die Deutungsmusterrekonstruktion hat dies gezeigt. In den »Problemketten«, also dem Zusammenhang von wichtigen Problematisierungen, die es in den verschiedenen Deutungsmustern gab, tauchten Erfolge der AfD und Unbehagen an wahrnehmbarer Fremdenfeindlichkeit nicht nur bei den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen auf, sondern auch bei den Sozialliberalen und Sozialkonservativen – obwohl Abgrenzungen gegenüber Migrant*innen innerhalb des Sozialkonservativismus durchaus eine wichtige Bedeutung haben. Identitäre Grenzziehungen gegen rechts spielen in allen genannten Mustern jeweils eine Rolle, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Zum Teil speisen sie sich aus historischen Assoziationen, in denen das kollektive Gedächtnis⁶ über den historischen Faschismus, über die Zerschlagung der Weimarer Demokratie, über Völkermord und die Unterdrückung der Gewerkschaften sich ausdrückt. Zum Teil sind es konkrete Sorgen vor dem Verlust demokratischer Errungenschaften der liberalen Demokratien. Und zum Teil sind es Abneigungen gegen die sichtbare Menschenfeindlichkeit gegenüber Gruppen, konkret Geflüchteten und Migrant*innen, zu denen Befragte selbst eine empathische und solidarische Haltung einnehmen möchten. Diese einzelnen Motive fanden sich

6 Menschen bilden ein Gedächtnis der Vergangenheit aus, das nicht nur individuell ist. Es wird durch kollektive Formen der Erinnerung geprägt, durch lebendige (zum Beispiel durch die mündlichen Überlieferungen zwischen den Generationen), aber auch durch institutionalisierte. Zu den institutionalisierten Formen der Gedächtnisbildung gehört sowohl die Vermittlung von Geschichtsbildern und -wissen in populären Medien als auch die Schulbildung, die Museumsarbeit oder die Erinnerungspolitik, die staatlich oder durch soziale Bewegungen (z.B. um den gewerkschaftlichen 1. Mai herum) gemacht wird. Zum Thema des kollektiven Gedächtnisses und dessen Prägung siehe »Erinnerungsräume« von Aleida Assmann (Assmann 2003).

zum Teil verstreut und kombiniert bei Gesprächspartner*innen, die unterschiedliche Deutungsmuster artikulierten.

Rechtsruck und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellen insofern nicht nur einen wichtigen politischen Problemrohstoff für die interviewten Beschäftigten dar, die empirische Analyse deutet auch auf einen – durchaus widersprüchlichen – »antifaschistischen Ethos« (Mason 2021, 234) hin, auf den sich der Grüne Sozialismus beziehen sollte. Die Tradition des sozialistischen Antifaschismus, dessen Einsicht richtig ist, dass der Faschismus ein Produkt des Kapitalismus in seiner imperialistischen Entwicklungsphase ist (Horkheimer 1980, 115f.), kann dabei Ausgangspunkt sein. Anziehend für Sozialliberale, Sozialkonservative und Ökopragmatiker*innen dürfte der Antifaschismus des Grünen Sozialismus allerdings nur unter zwei Bedingungen sein. Erstens müsste er eng mit dem Kampf für Gleichheit verbunden werden, also für soziale Gleichheit und die Verbesserung der sozialen Lage derjenigen, die bereits in Deutschland leben. Zweitens müsste es, ebenfalls ausgehend von der Vision der Gleichheit, ein demokratischer Antifaschismus sein, der die Verteidigung liberaler Errungenschaften, gleicher Rechte und die Vision einer integrationsbereiten Nation in den Vordergrund rückt, die nicht auf Herkommen und Abstammung beruht.

(d) Klimawandel und Klimaschutz: Der Kampf gegen die Klimakrise und für eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft kann für ein heutiges sozialistisches Projekt eine wichtige Rolle spielen, allerdings notwendigerweise als Moment einer Forderungskette, in der soziale Gleichheit und Demokratie das Verbindende sind. Interessant sind in diesem Zusammenhang Befunde über Einstellungen gegenüber dem Klimawandel, die sich in sozialen Milieus finden, mit denen ich mich auch ausführlich in Kapitel 5.4. beschäftigt habe, weil sie am ehesten offen für eine umverteilende sozialistische Politik sind. Große oder sehr große Sorgen vor dem Klimawandel machten sich Ende 2018/Anfang 2019 in der »desillusionierten Arbeitnehmermitte« (10 Prozent der Wahlberechtigten) etwa 60 Prozent der Befragten, unter den »missachteten Leistungsträger*innen« (10 Prozent der Wahlberechtigten) rund 53 Prozent, im »abgehängten Prekarat« (5 Prozent der Wahlberechtigten) ungefähr 53 Prozent und in der »kritischen Bildungselite« (9 Prozent der Wahlberechtigten) etwa 78 Prozent der Befragten (Fulda/Hövermann 2020, 25). Auch die in Kapitel 5.1 zitierte Studie »Naturbewusstsein« legt nahe, dass ebenfalls in unteren Einkommens- und Bildungsschichten sich ein robustes, wenngleich geringer als in oberen Schichten ausgeprägtes Klimabewusstsein herausgebildet hat. Interessant ist in diesem Zusammenhang unter anderem, dass in der erwähnten Untersuchung Meinungsfragen nach Zugehörigkeit zu sozialen Milieus ausgewertet wurden, die auch in der Wahlforschung genutzt werden, den sog. Sinus-Milieus (BMVU 2023, 21). Aus der Studie »Populäre Wahlen« (Vehrkamp/Wegschaider 2017) wissen wir beispielsweise, welche sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017 eher zu den Hochburgen der LINKEN gehörten, der Ankerpartei des Projektes des Grünen Sozialismus⁷. Ich möchte an dieser Stelle nicht auf detaillierte Milieueigenschaften eingehen, sie lassen sich aber entlang von Bildung und Einkommen in ein einfaches Schichtschema einteilen.

7 Als Hochburgen werte ich Milieus, in denen die LINKE mindestens 9 Prozent der Stimmen bekam (Wahlergebnis 2017: 9,2 Prozent).

Tabelle 52: Wahlergebnisse LINKE Bundestagswahl 2017 – wichtige soziale Milieus

	Ergebnis LINKE	Ge-winn/ Verlust	Anteil an Wählerschaft	Hauptkonkurrenten
Obere Mitte				
Liberal-intellektuelles Milieu	9	2	7	Grüne + SPD
Expeditives Milieu	11	4	7	Grüne + SPD
Mittlere Mitte				
Sozial-ökologisches Milieu	14	2	7	SPD + Grüne, schwächer AfD
Adaptiv-pragmatisches Milieu	10	-	10	SPD, schwächer Grüne + AfD
Untere Mittelschicht				
Hedonistisches Milieu	16	4	13	SPD + Grüne + AfD
Prekäres Milieu	14	-6	9	AfD + SPD

Quelle: (ebd., 65; ebd., 33–55)

Interessant ist es vor diesem Hintergrund, wichtige ökologische Einstellungen innerhalb dieser Milieus zu betrachten. Dabei ist zu bedenken, dass ein in der Studie »Naturbewusstsein« als neu ausgewiesenes Milieu, das Neo-Ökologische-Milieu, sich aus Teilen des Hedonistischen, des Expeditiven und des adaptiv-pragmatischen Milieus zusammensetzt, in dem die LINKE 2017 stark abschnitt. Ähnliches gilt für das sog. Postmaterielle Milieu, das eine Verbindung aus liberal-intellektuellem und sozial-ökologischem Milieu zu sein scheint, die in der Untersuchung von 2017 ausgewiesen wurden.

Tabelle 53: Ökologische Einstellungen nach Milieus (in Prozent)

	Pre-käre	Hedo-nisten	Ad-apti-ve	Neo-Ökos	Expe-ditive	Postma-terielle
<i>Die Situation in den folgenden Bereichen ist sehr bzw. eher bedenklich...</i>						
Klima Zustand der Meere Lebensraum/Artenvielfalt	58	38	57	68	81	84
	64	46	57	72	77	91
	62	34	55	71	73	81
<i>Der Staat sollte mehr Geld für Naturschutz und Erhalt seltener Tiere ausgeben (stimmt voll und ganz/ehler)</i>	77	59	82	91	93	93

<i>Ich fühle mich der Natur verbunden (stimmt voll und ganz/eher)</i>	61	32	63	72	76	84
<i>Ein umfassender Wandel der Lebens- und Wirtschaftsweise in Deutschland ist nötig (ja/eher ja)</i>	47	26	55	62	75	79

Quelle: (BMVU 2023, 30–31; 66–68; 91)

Deutlich wird: Auch in zwei der drei unteren sozialen Milieus wird die Situation von Klima, Biodiversität und Ozeanen von Mehrheiten als bedenklich eingeschätzt, in einem (Hedonist*innen) ist es allerdings lediglich eine Minderheit. Dass der Staat mehr Geld für Naturschutz ausgeben soll, unterstützen in allen genannten Milieus Mehrheiten, aber unter den Hedonist*innen ist sie am kleinsten. Besonders auffällig sind die Milieuunterschiede hinsichtlich der Einschätzung, die Lebens- und Wirtschaftsweise in Deutschland müsse sich umfassend verändern. Auch hier gilt: Am stärksten sahen das Angehörige der beiden oberen sozialen Milieus so, am wenigsten die der unteren drei. Zu bedenken ist dabei: Das Milieu der Neo-Ökolog*innen ist auch aus Teilen der Adaptiven und Hedonist*innen entstanden und damit aus sozialen Milieus, die zur unteren oder mittleren Mitte gehören. Hier lässt sich ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein feststellen. Dennoch zeigen die Daten zugleich: Die Klima- und Umweltbewusstheit ist in allen Milieus vorhanden, in denen die LINKE 2017 stark abgeschnitten hat – allerdings in sehr ungleichem Maße.

Ähnlich verhält es sich mit den von mir rekonstruierten sozialen Deutungsmustern. Wie ich in Kapitel 5.3 herausgearbeitet habe, spielt ein Interesse an Klimaschutzpolitik (und die Wahrnehmung einer Klimakrise) in ihnen eine jeweils recht unterschiedliche Rolle. Die Wahrnehmung, dass Umweltprobleme bzw. die Klimakrise ein wichtiges Thema sind, findet sich nicht in allen Deutungsmustern wieder – und dort, wo diese Deutung vorkommt, ist sie nicht gleich brisant. Ansatzweise wurden Anti-Klimaschutz-Positionen – indirekt – lediglich von Karl, dem Sozialrebellischen Nationalisten formuliert. Ansonsten »bewegten« sich die Deutungen zwischen Zentralität (Ökologie-Zuerst-Bewegte), wichtiger Bedeutung (Gemeinwohldemokrat*innen und Sozialkonservative), skeptischer Offenheit (Sozialliberale) und Distanz (Exklusiver Sozialpopulist). Insofern ist die Sorge um den Klimawandel durchaus ein wichtiges Thema, es hat aber für meine Gesprächspartner*innen nicht den übergreifenden Stellenwert, den das Thema Ungleichheit einnimmt. In diesem Zusammenhang ist allerdings wichtig: Gerade in den Deutungsmustern, die für das verteilungspolitische Projekt des Grünen Sozialismus besonders relevant sind, die also materielle Umverteilung vorantreiben und auch im engeren Sinne den Sozialstaat ausbauen möchten (die Gemeinwohldemokrat*innen, die Klimasozialen, aber auch die Leistungsorientierten Sozialkonservativen), wird dem Klimaschutz eine größere Bedeutung beigemessen.

Politik gegen materielle Ungleichheit und für sozialen Zusammenhalt, Verteidigung und Forderungen nach Demokratie, demokratischer Antifaschismus und eine »Klimapolitik von unten« dürften insofern Linien sein, an denen das Projekt des Grünen Sozialismus

Anhänger*innen sammeln könnte. Um diese gesellschaftliche Allianz zu schmieden, müssen aber nicht nur Problemdeutungen und Interessen aufgegriffen werden, notwendig ist darüber hinaus die Abgrenzung von einem gegnerischen konstitutiven Anderen. Die Verbindung zwischen unterschiedlichen Ansprüchen, auch unterschiedlichen Bewegungen zu schaffen, ist ein aktiver politischer Vorgang, in dem nicht ein Teil für das Wesentliche ausgegeben wird, dem sich andere Teile unterzuordnen haben (Laclau/Mouffe 2000, 190–191). Ein solcher »popularer Pol« kann nur entstehen, wenn eine Kette von Forderungen und Ansprüchen herausgebildet wird. Auf diese Weise werden Verbindungen hergestellt.

Aber für die Entstehung von kollektiver Subjektivität ist nicht nur Gemeinsamkeit, sondern auch gemeinsame Abgrenzung nötig. Ohne Gegnerschaften entsteht kein kollektives Wir. Wir-Identitäten entstehen immer auch durch Grenzziehungen, Unterschiede verschwinden so nicht, aber gegenüber dem Anderen können Gemeinsamkeiten entdeckt werden. Die Analyse der Deutungsmuster legt eine Reihe von möglichen »konstitutiven Anderen« bzw. Gegnerschaften (Nonhoff 2007, 12) nahe, die ein Projekt des Grünen Sozialismus aufgreifen könnte. Dazu gehören beispielsweise *Reiche und Konzerne*, die politische Macht horten, die gegen das soziale Gemeinwohl handeln und die ökologische Lebensgrundlage der Menschheit zerstören. Dazu gehören auch *illoyale Politiker*innen*, die sich nicht für das Gemeinwohl, sondern für sich selbst und für Konzerne einsetzen – eine Zuschreibung, die mit der Kritik an einem Parteiensystem zu verbinden wäre, durch das zum Beispiel immer weniger Angehörige nicht-akademisch qualifizierter Beschäftigtengruppen in Parlamenten als Abgeordnete wirken. Ein drittes konstitutives Anderes können *antiliberalen Autoritäre* sein, die die demokratischen Freiheiten bedrohen und die Gleichheit und Gleichwürdigkeit verschiedener Menschengruppen infrage stellen.

Während die Gegner*innenbezüge »Reiche und Konzerne, die das Gemeinwohl und das ökologische Überleben gefährden«, und »illoyale Politiker*innen« auf Kritiken aufsetzen können, die sich in fast allen Deutungsmustern finden, die ich rekonstruierten konnte, gilt dies für die Abgrenzung von antiliberalen Autoritären nicht. Sie docken insbesondere an Deutungen an, die für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, für die Ökologie-Zuerst-Bewegten, die Leistungsorientierten Sozialkonservativen und die (Enttäuschten) Sozialliberalen wichtig sind, wenngleich sie auch nicht in allen Deutungsmustern dieselbe Bedeutung haben.

6.3.2 Durch politische Experimente Lust und Glauben an Veränderung wecken

Geschmiedet werden kann eine tragfähige gesellschaftliche Allianz nur durch eine politische Strategie, die eine zuspitzende popular-demokratische Ansprache, den Einsatz in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und überzeugende Reformexperimente verbindet. Die politische Kunst des Grünen Sozialismus bestünde darin, ausgehend von den beschriebenen politischen Orientierungen Lust auf grundlegende Veränderung zu machen. Radikalität ist nötig, Radikalität droht aber auch den Faden zu den (Enttäuschten) Sozialliberalen, den Ökopragmatiker*innen und den Leistungsorientierten Sozialkonservativen zu zerreißen.

In ihrem lesenswerten Buch »People Get Ready«, einem Beitrag zur Debatte innerhalb der Labour-Linken während des Parteivorsitzes von Jeremy Corbyn, gaben Christine Berry und Joe Guinan 2019 die folgende Lagebestimmung:

»Wir durchleben eine ›Zeit des Zorns‹: es ist eine Zeit der politischen Maschinenstürmerei, eines kochenden Unmutes unter Wähler*innen über eine abgehobene politische Klasse und ein Wirtschaftssystem, von dem sie wissen, dass es bis in den Kern verrottet ist. [...]. Die [...] Frage ist, wie dieser neue massenhafte Zorn umgelenkt werden kann in eine Kraft für Veränderung. Wer wird die Maschine der neoliberalen Ausbeutung zerbrechen und durch was werden sie es versuchen zu ersetzen?« (Berry/Guinan 2019, 12)

Kochender Unmut, eine Zeit der Wut auf die politische Klasse, die als abgehoben erlebt wird, eine tiefe Delegitimierung des Wirtschaftssystems und daher die Chance für einen Bruch mit dem neoliberalen Entwicklungsmodell, die Chance auf eine bessere Ordnung – ganz so, das legen die in Kapitel 6.2 diskutierten Befunde nahe, sieht das Alltagsbewusstsein abhängig Beschäftigter in Deutschland nicht aus. Eine Schlussfolgerung drängt sich nach der intensiven Auseinandersetzung mit den verbreiteten populären Ideologien nahe: Einerseits konstituieren das Unbehagen an der Ungleichheit, das Unbehagen an der Politik und auch die verbreitete Haltung, Umwelt- und Klimapolitik seien wichtig und notwendig, eine Art Problem- und Protestrohstoff für einen Grünen Sozialismus. Andererseits legen sie keine radikalen Strategien nahe. Vorschläge einer revolutionären Umgestaltung des fossilen Kapitalismus können am ehesten noch an das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen anknüpfen. Die liberal-demokratischen Haltungen und auch die relativ moderaten Formen der Kritik, wie sie für die (Enttäuschten) Sozialliberalen, für die Leistungsorientierten Sozialkonservativen und auch für die Ökopragmatiker*innen (als Unterströmung der Ökologie-Zuerst-Bewegten) typisch sind, setzen einem radikalen Ökosozialismus eher (enge) Grenzen.

Zur Erinnerung: In Kapitel 2.3 habe ich zwischen zwei Varianten eines linken Green New Deal unterschieden, zwischen der linkssozialdemokratischen und der ökosozialistischen. Der Ökosozialismus setzt auf Veränderungen im Hier und Jetzt, strebt aber Veränderungen der wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse an. Der Ausbau und die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates spielt für den Ökosozialismus eine wichtige Rolle, weil Klimaschutz als Politik gegen den Markt betrieben wird. Dabei sollen Arbeiter*innen und Angestellte aber selbst Akteure der Veränderung werden. Deshalb werden Schritte für eine Demokratisierung der Gesellschaft vorgeschlagen. Innerhalb des Ökosozialismus gibt es zwei strategische Grundströmungen, eine linksreformistische und eine revolutionäre. Ich möchte beispielhaft für eine revolutionär-ökosozialistische Position Christian Zeller zitieren, der mit seinem lesenswerten Buch »Revolution für das Klima« einen entsprechenden (wissenschaftlich fundierten) Vorschlag unterbreitet hat:

»Die notwendige (ökosozialistische, T.G.) Alternative kann nicht von oben verordnet werden. Sie erfordert eine starke gesellschaftliche Mobilisierung der lohnabhängigen Bevölkerung für einen Umbau der industriellen Produktion und – damit direkt verbunden – für sinnvolle Arbeit, für den Ersatz des Automobilverkehrs durch nicht motorisierten und öffentlichen Verkehr und für den Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur. Ökosozialistische Politik heißt Verantwortung übernehmen im persönlichen Umfeld und in der Gesellschaft. Wir brauchen eine globale Revolution für Selbstverwaltung, um die Gesellschafts- und Umweltkrisen demokratisch gemeinsam auf allen

Ebenen zu lösen. Nur die Ausgebeuteten, Unterdrückten und die Jungen können die notwendigen Maßnahmen durchsetzen.« (Zeller 2020, 219)

So wünschenswert schnelle Veränderungen auch sein mögen, weil die Zeit für eine ökologisch nachhaltige Umgestaltung von Wirtschaft und Lebensweise tatsächlich davonläuft (Malm 2022, 11f.): Ein Rückhalt im Alltagsbewusstsein, auf das ich in den geführten Gesprächen gestoßen bin, findet sich dafür kaum. Für ein politisches Projekt, das durchaus tiefgreifende soziale und politische Veränderungen anstrebt, ist dieser Befund zentral. Ein Grüner Sozialismus, der nicht nur sehr kleine Minderheiten erreichen will, muss immer nach einer ansprechenden und mobilisierungsfähigen politischen Dialektik zwischen dem Bruch mit der Kontinuität (bestehender Verhältnisse) und dem notwendigen Anknüpfen am Bestehenden suchen (Rossanda 1975, 99). Fehlt eins von beidem, gibt es auch kein wirkliches sozialistisches politisches Projekt – denn ohne an die politischen Kräfteverhältnisse anzuknüpfen, kann nur marginalisierte politische Radikalität entstehen.

Das lässt sich auch am Beispiel eines von mir rekonstruierten Deutungsmusters konkretisieren: Für den (Enttäuschten) Sozialliberalismus ist beispielsweise nicht nur das Interesse an einem respektablen und bescheidenen Wohlstand typisch, durch den die eigene Leistungsbereitschaft entgolten wird, sondern auch die erwähnte skeptische Offenheit gegenüber einer sozial unvorsichtigen Klimaschutzpolitik. Diese skeptische Offenheit, die zum Teil mit Hoffnungen auf ökologische Produktstrategien und technologische Lösungen der Klimakrise verbunden sind, ermöglicht durchaus eine ökosozialistische Ansprache. An beides zugleich müsste ein Projekt des Grünen Sozialismus anknüpfen: Effizienter Klimaschutz und Umbau der Wirtschaft auf der einen Seite, Gewährleistung der sozialen Teilhabechancen für die abhängig Beschäftigten auf der anderen. Gleichzeitig kollidieren radikale Veränderungsvorschläge mit einer Handlungsorientierung an respektabler Politik und Ausgleich. Ähnlich verhält es sich mit den Ökopragmatiker*innen und den Leistungsorientierten Sozialkonservativen.

Der Grüne Sozialismus, soll er sozialistisch sein, muss an »[...] ununterbrochener Verschiebung, Konstruktion und Dekonstruktion [...]« (Dies. 1976, 73) alter kapitalistischer Verhältnisse und neuer gemeinwirtschaftlicher Formen arbeiten – ohne den Bezug zu denen zu verlieren, mit denen und für die diese Politik gemacht werden soll. Notwendig ist insofern ein politischer Spagat zwischen notwendiger Radikalität einerseits (da auch gewünschte Reformen, die ich in Kapitel 5 dargestellt habe, sich nicht harmonisch durchsetzen lassen) und einer Machbarkeit andererseits, die Verbesserungen bringt, ohne zu Risiken des Verlustes von sozialen Errungenschaften zu führen. Dabei wäre an das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen anzuknüpfen, um gleichzeitig insbesondere Brücken hin zu den Deutungsmustern (Enttäuschte) Sozial-liberale, Ökologie-Zuerst-Bewegte und Leistungsorientierte Sozialkonservative zu bauen.

Eine besondere Hürde ist darüber hinaus die weit verbreitete politische Resignation, die gerade in den unteren Schichten der Arbeiter*innenklasse (siehe Kap. 5.1) stark ausgeprägt ist, und die Wahlenthaltung unter einfachen Produktionsarbeiter*innen und Dienstleistungsbeschäftigte (siehe Kap. 5.4.2). »Machbarkeit« und »grundlegende Ver-

änderung« könnten in der politischen Diskussion gegeneinander gestellt werden. Demnach setzt die Machbarkeit der radikalen Veränderung Grenzen, oder der Wunsch nach radikaler Veränderung führt dazu, nicht mehr nach dem zu suchen, was konkret veränderbar ist. Der Grüne Sozialismus müsste dagegen das Ziel verfolgen die materiellen und auch ideellen Interessen an Veränderung in der Gesellschaft weiter zu wecken, um auch notwendige Konflikte führen zu können, die mit gesellschaftlicher Unruhe einhergehen (Ingrao 1979, 87). Radikal wäre diese Politik nicht, weil sie bestimmte weitgehende Forderungen erhebt, sondern wenn sie größere Teile der Bevölkerung (insbesondere der Arbeiter*innenklasse) dazu anregen und unterstützen würde, notwendige Konflikte für ökologische, soziale und demokratische Fortschritte zu führen (Dörre 2021, 226–227). Lernen am Konflikt spielt dabei eine wichtige Rolle, weshalb der Grüne Sozialismus immer auch oppositionell sein muss. Lust auf Veränderung muss angeregt werden, weil die vorherrschende Kultur eher dafür sorgt, dass das Bestehende auch als das Notwendige betrachtet wird (Honneth 2015, 19). Es ist ein »kapitalistischer Realismus«, der nicht nur im Gefühl besteht, dass der Kapitalismus alternativlos ist, sondern es auch unmöglich macht, sich eine greifbare und zusammenhängende Alternative überhaupt vorstellen zu können (Fisher 2013, 8).

Die sozialen und demokratischen Ansprüche, die ich oben ausführlich rekonstruiert und diskutiert habe, bieten einen guten Ausgangspunkt, um Lust auf mehr Veränderung zu erzeugen. Hilfreich wäre eine ökologisch-sozialistische Erzählung und Strategie, die nicht vorgibt, die fertigen Wege zu kennen, sondern die dafür wirbt, durch soziales und politisches Experimentieren (Wright 2019, 84), das immer vom Mittun der Menschen abhängt, die Idee einer solidarischeren, demokratischeren und ökologisch nachhaltigeren Gesellschaft zu verwirklichen (Honneth 2015, 78).

Dazu trägt gesellschaftliche Opposition und Mittun in sozialen Bewegungen oder Initiativen bei. Aber das allein reicht nicht, Alternativen müssen – als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen – auch staatlich verwirklicht bzw. ermöglicht werden. Auch die staatliche Förderung von politischen Experimenten ist deshalb wichtig, also politische Gestaltung, durch die nicht-kapitalistische Formen des Wirtschaftens ausprobiert werden. Innerhalb der ökosozialistischen Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass linke Regierungen kaum in der Lage seien, soziale, demokratische und wirkliche ökologische Alternativen durchzusetzen. David Camfield etwa argumentiert, dass jede Regierung, die dies versuchen würde, mit der Gegenwehr mächtiger Unternehmergruppen zu rechnen hätte: »Deshalb wäre jede grün-linke Regierung, die hart daran arbeiten würde, Reformen einzuführen, gezwungen es zu unterlassen und damit aufzuhören.« (Camfield 2023, 28) Die Alternative besteht demnach im Aufbau von Massenbewegungen (ebd., 31f.). Und in der Tat: Eine Regierung, die wichtige soziale, demokratische und ökologische Reformen verwirklichen wollte, würde wirklich auf enormen Gegenwind stoßen, nicht nur von Seiten zentraler Kapitalgruppen, sondern auch aus der Bevölkerung, die durch Konservative, Liberale und das Projekt des antiökologischen Nationalradikalismus mobilisiert würden. Deshalb ist eine Regierung, an der linke Parteien sich beteiligen, an sich tatsächlich kein Garant für Reformen, die die Machbarkeit sozialistischer Politik demonstrieren und zugleich Lust auf mehr Veränderungen machen würden (Zelik 2020, 297–298). Insofern ist die Bedeutung von Basisinitiativen, sozialen Bewe-

gungen, Intellektuellennetzwerken, Gewerkschafter*innen und Betriebsräte*innen auch kaum zu unterschätzen, auf die sich eine links-ökologische Regierung beziehen müsste. Kurz: Ohne starke Bewegungen, die politische Macht außerhalb von Regierungen aufbauen, wird es auch wenig Spielräume für regierende Parteien geben (Klein 2019b, 67). Die Alternative heißt m.E. aber nicht Regierung vs. Bewegung, wenn konkrete Veränderungen möglich gemacht werden sollen, die die Lust und den Glauben an Mehr nähren. Naheliegender ist m.E. eine Strategie des »Regieren im Konflikt« mit mächtigen Interessengruppen des fossilen Kapitalismus und den Profiteuren der prekären Zweidrittelsgesellschaft.

Beim Regieren im Konflikt ginge es um Einstiegsprojekte für einen grundlegenden Umbau der Gesellschaft. Erik Olin Wright hat für solche Projekte den Begriff der konkreten »realen Utopien« vorgeschlagen. Damit bezeichnete er Veränderungen, die »[...] Elemente einer emanzipatorischen Zukunft jenseits des Kapitalismus« sind und in sich tragen, die aber noch »[...] innerhalb einer weiterhin vom Kapitalismus dominierten Gesellschaft [...]« durchgesetzt werden und existieren müssen (Wright 2019, 60). Solche Reformexperimente sollten grundlegende Probleme aufgreifen, die für große Teile der arbeitenden Klassen existieren (Klein 2022, 210), sie sollten machbar sein, spürbare Verbesserungen bringen und so dazu beitragen »[...] das weitverbreitete Gefühl der Ohnmacht und Alternativlosigkeit zurückdrängen [...].« (Ebd.) Darüber hinaus sollten sie grundlegendere Veränderungen ermöglichen, durch die »die Kapitaldominanz« zurückgedrängt wird (ebd.). Solche sozialistischen institutionellen Reform-Experimente sollen emanzipatorische Ideale konkretisieren, sie können als Versuche verstanden werden, innerhalb des Kapitalismus »Freiräume« zu schaffen, indem »[...] Formen gesellschaftlicher Organisierung (gefördert werden), die von den herrschenden Macht- und Ungleichheitsstrukturen abweichen.« (Wright 2017, 439)

Der Ausbau solcher Freiräume allein wird sicherlich nicht reichen, um die kapitalistische Produktionsweise zu ersetzen. Eine radikale und experimentelle Reformpolitik kann aber einen wichtigen Beitrag leisten, um zu zeigen, dass andere Formen des Wirtschaftens und Lebens möglich sind und Wissen darüber zu schaffen, wie sie möglich sind. Auch das ist ein Beitrag dazu, »Lust auf Veränderung« zu machen. Wie ich in Kapitel 5.3.8 nachgezeichnet habe, bestehen wichtige Hindernisse für eine weitergehende Demokratisierung (Wirtschaftsdemokratie) u.a. in der fehlenden Phantasie, sich radikal andere Alternativen vorzustellen und im fehlenden Vertrauen in die Fähigkeit der eigenen Mitmenschen dazu, solche Alternativen möglich zu machen.

Der Grüne Sozialismus müsste deshalb experimentell und radikal-pragmatisch sein (Dragsted 2021a), um diese Machbarkeit konkreter Utopien zu demonstrieren. Ein experimenteller Grüner Sozialismus dürfte gerade nicht auf technokratische und bürokratische Verfahren setzen, weil das Gelingen wirklicher sozialer und politischer Experimente von der Beteiligung gewöhnlicher Menschen abhängt, die nicht nur ihre Ansprüche und Interessen, sondern auch ihre vielfältigen Erfahrungen und Arten des Wissens einbringen. Ratsam wäre eine Politik des »Wissens von unten«, wie sie etwa in der britischen Labour-Linken diskutiert wird. Diese Wissenspolitik fordert den Gedanken heraus, dass der Staat und das Unternehmensmanagement – bzw. die jeweils zuständigen technokratischen Eliten in den Bürokratien – ein überlegenes Wissen haben, also »es am besten wissen«. Eine linke »Politik des Wissens von unten« setzt darauf, dass Bürger*in-

nen und Beschäftigte über verschiedene Arten des Wissens verfügen, Erfahrungswissen ebenso wie theoretisches Wissen, die gleichwertig, wenn nicht überlegen sind (Wainwright 2018, 10–11). Die Frage lautet insofern nicht nur, wie durch Organisierung vor Ort und durch soziale Bewegungen solches Wissen gefördert werden kann, sondern auch, wie der Staat, lokal, regional und bundesweit, so verändert werden kann, dass er institutionelle Experimente und »Wissen von unten« unterstützen und fördern kann (ebd., 21). Ohne die massenhafte Beteiligung der Menschen aus der Arbeiter*innenklasse und der lohnabhängigen Mittelklasse werden grundlegende Veränderungen, wird die Verwirklichung konkreter ökosozialistischer Alternativen blockiert bleiben.

6.3.3 Für einen linken Republikanismus

*Für eine gesellschaftliche Allianz des Grünen Sozialismus lassen sich Menschen aus unterschiedlichen Klassenpositionen, mit verschiedenen sozialen Deutungsmustern und aus unterschiedlichen sozialen Milieus nur gewinnen, wenn es neben konkreten Reformvorschlägen, Abgrenzungen von Gegner*innen und dem Versuch Gemeinsamkeiten herauszustellen, auch eine Vision für das Land gibt, mit dem sie sich positiv identifizieren können – eine konkrete Utopie, eine Ordnung, die noch nicht da, aber denk- und greifbar ist. Das könnte die Idee einer neuen sozialen und ökologischen Republik sein, die es noch nicht gibt, deren Verwirklichung einen tiefen Bruch mit den (neo-)liberalen Entwicklungsmodellen und eine Vertiefung der Demokratie verlangt.*

An pessimistischen Diagnosen über die Zukunft der Demokratie ist kein Mangel. Ob nun festgestellt wird, es habe sich eine Post-Demokratie herausgebildet, in der zwar die formalen Regeln der Demokratie eingehalten werden, während Politik aber – oft im Widerspruch zur dokumentierten Mehrheitsmeinung der Bevölkerung im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik – hinter verschlossenen Türen von Berufspolitiker*innen und Eliten gemacht wird (Crouch 2008, 10); oder ob auf die demokratiegefährdenden Erfolge rechtspopulistischer und post-faschistischer Parteien in Europa hingewiesen wird (Balibar 2016, 44f; ders. 2017): Dass etwas faul ist im Staate und in der Demokratie wird nicht nur von Sozialwissenschaftler*innen diagnostiziert. Das Unbehagen an der Politik, auf das ich in Kapitel 5.1 hingewiesen und auf das ich auch in der Deutungsmusteranalyse gestoßen bin, zeigt, dass sich dieser Eindruck auch auf dem Feld der popularen Ideologien wiederfindet – mit sowohl autoritären wie fortschrittlichen Potenzialen.

Meines Erachtens ist das politische Unbehagen auch eine Folge eines zentralen Widerspruchs unserer Zeit. Es folgt (zumindest in Teilen) aus der Kluft zwischen demokratischen Prinzipien unseres politischen Gemeinwesens einerseits, und der »oligarchischen Wirklichkeit« (Balibar 2012, 30) andererseits, also einer Konzentration von Reichtum und Macht an der Spitz der Klassengesellschaft und einer technokratischen Abschließung der politischen Klasse, ergänzt durch Schichten von Journalist*innen, wie man in Anlehnung an C. Wright Mills sagen könnte, die eng mit dieser ökonomischen und politischen Machtelite verflochten sind (Mills 2000, 4). Möglich ist das Unbehagen aufgrund eines objektiven Widerspruchs, den alle liberalen Demokratien in sich tragen. Es stimmt, dass liberale Demokratien im Kern (als repräsentative Demokratien) lediglich ein Wahlverfahren vorsehen, das Personen auswählt, die sich zwischen den Wahlgängen um die Res Publica, also die öffentliche Sache, kümmern. In diesem Sinne bringen liberale Demokratien den privatistischen, vielleicht sogar apathischen Bürger selbst

mit hervor (Misik 2019, 19). Gleichzeitig öffnet diese bürgerliche Demokratie allerdings dem Anspruch nach der Partizipation der gewöhnlichen Menschen (theoretisch) die Tore. Dem Begriff nach, den die liberal-demokratische Gesellschaft sich von sich macht, ist sie mehr als eine Ordnung, in der über Elitenauswahl abgestimmt wird. Beide Vorstellungen koexistieren aber: die Idee der Demokratie als Repräsentationsordnung (demokratisch ist, wenn gewählt wird, die Gewaltenteilung eingehalten und das Rechtsstaatsprinzip gewahrt wird) und die Idee der Demokratie als Prozess, also als eine

»[...] Gesamtheit von Praktiken, Institutionen und historischen Bedingungen, welche die Fähigkeit des Volkes (des ›demos‹) maximieren, auf eine auf Gleichheit beruhende Art und Weise für seine eigenen Interessen einzutreten und die eigenen Angelegenheiten zu verwalten.« (Balibar 2016, 241)

Ist dieser Widerspruch immer vorhanden, so nimmt das Unbehagen an Politik und Demokratie zu, wenn die »Sachen des Volkes« nur unzureichend in die Repräsentationsordnung eingehen, wenn also die Menschen das Gefühl bekommen: »uns haben sie vergessen.« Diese Wahrscheinlichkeit nimmt zu, je oligarchischer das gesellschaftliche System im oben gemeinten Sinne verfasst ist, wenn also auch politische Macht zunehmend »[...] aufgrund von Reichtum, [...] von wirtschaftlicher Macht sowie von Beziehungsnetzwerken der vornehmen Welt [...]« ausgeübt wird (ebd., 46).

In einer solchen Welt leben wir heute, auch wenn nicht jedes Unbehagen an der Politik auf den Widerspruch zwischen demokratischem Prinzip und oligarchischer Wirklichkeit zurückgeführt werden kann. Zum Teil folgt gerade die ressentimentgetriebene Mobilisierung der nationalpopulistischen und (post-)faschistischen Rechten auf liberale Reformen, die von gesellschaftlichen Mehrheiten getragen werden (Quent 2019, 168). So etwa in vielen, wenn auch nicht in allen kultur- und migrationspolitischen Fragen, auf die extreme Rechte mit Erzählungen über »den großen Austausch« und die Zerstörung der Volksgemeinschaften reagieren (z.B. Venner 2017, 40f.). Selbst wenn man eingesteht, dass unter denen, die für die populistische und extreme Rechte stimmen, auch Menschen sind, die »nur« sozial verzweifelt und unzufrieden sind, möglicherweise frustriert von »den Politiker*innen«: Diese »autoritäre Revolte« (Weiß 2017) kann nur deshalb auf breiterer Basis erfolgreich sein, weil ihre nationalidentitären Deutungsangebote in größeren Minderheiten der Bevölkerung Anklang finden – es sind zum Teil große Minderheiten, die demokratischen Mehrheiten in migrations-, kultur- und gesellschaftspolitischen Fragen nicht folgen wollen. Zum mindest ist das in Deutschland (noch) so. Auf dieses Potenzial habe ich in Kapitel 5.1 und 5.4 hingewiesen, und auch in der qualitativen Kurzbefragung und in der Deutungsmusteranalyse zeichnet es sich in Form migrationskritischer und fremdenfeindlicher Haltungen ab. Zum mindest in meiner qualitativen (nicht-repräsentativen) Studie ist allerdings ein politisches Unbehagen weiter verbreitet, das sich aus popular-demokratischen und liberal-demokratischen Orientierungen speist, die enttäuscht werden. Wie kann ein Projekt des Grünen Sozialismus an diese positiv anknüpfen? Meines Erachtens lautet die Antwort: durch einen *linken Republikanismus*, der für eine soziale und ökologisch nachhaltige Republik (Leipold 2020, 174) und einen Prozess der Demokratisierung eintritt.

Republikaner*innen vertreten die Ansicht, dass die aktive und gleiche politische Teilhabe der Staatsbürger*innen ein Garant dafür ist, dass ein durch Freiheit, Gleichheit und Solidarität gekennzeichnetes Gemeinwesen entstehen kann. Möglich ist das aus republikanischer Perspektive nur, wenn Menschen nicht beherrscht werden (Leipold/Nabuls/White 2020b, 1). In der Republik, die es noch nicht gibt, die als Ideal aber angestrebt wird, entscheiden alle Bürger*innen gemeinsam darüber, was in den öffentlichen Einrichtungen geschieht, wie das Gemeinwesen politisch gestaltet wird (Muldoon 2022, 52).

Zu einem linken Republikanismus gehört *erstens* eine radikaldemokratische Idee des politischen Bürgerseins, des Bürgers als aktivem Menschen, der diese Gesellschaft gestalten kann (Balibar 2016, 241f.; Mouffe 2018, 77) – im Konflikt um grundlegende politische Alternativen. Die Republik wäre in diesem Sinne die Ordnung des anhaltenden Streits der Bürger*innen, der Kultivierung auch der Gegnerschaft und der Konflikte, die im Ringen um unterschiedliche Entwicklungsmodelle für die Nation entstehen. Die soziale und ökologische Republik, das ist ein Kerngedanke des linken Republikanismus, soll *zweitens* dem Gemeinwohl dienen. Was aber als Gemeinwohl zu verstehen ist, lässt sich nur durch gemeinsame Beratung und politische Teilhabe der Bürger*innen ermitteln (Leipold/Nabuls/White 2020b, 2). Im Vergleich zur Gegenwart ginge es deshalb *drittens* um einen »Zusatz an Demokratie«, der aus der aktiven Beteiligung der Menschen, auch aus Protesten und Massenbewegungen folgt (Balibar 2016, 46). Diese Vision des aktiven und mündigen, ja aufmüpfigen Bürgers (im Sinne des politischen Bürgers oder Staatsbürgers) kann auch verbindend wirken. *Viertens* gehört dazu auch das Zielbild eines politischen Gemeinwesens, das dieses politische Bürgersein auch sozialökonomisch fördert, ein Gemeinwesen, in dem grundlegende soziale Ansprüche verwirklicht werden, die von möglichen Träger*innen der Allianz formuliert werden, auf die sich der Grüne Sozialismus stützen könnte: Das Gemeinsame ist das mündige und auch widerspenstige Bürgersein selbst. *Fünftens* würde zum linken Republikanismus der Streit für eine Vertiefung und einen Ausbau der Demokratie gehören. Es ginge in einem offensiven Sinne um den »Aufbau einer Demokratie, die für den Sozialismus offen ist« (Ingrao 1979, 89), also um Anregungen für neue Institutionen und Beteiligungsformen, die den Bürger*innen – in ihren Stadtteilen, ihren Betrieben oder in ihren Regionen – die Möglichkeit und »kollektive Fähigkeit« geben, gemeinsam zu beraten und zu entscheiden (Balibar 2016, 242). Eine Gesellschaft ist aus dieser Perspektive umso republikanischer und demokratischer, je gleicher der Zugang zu den »[...] politischen Mitteln (ist), die erforderlich sind, um sich an kollektiven Entscheidungen zu beteiligen, die sich auf das eigene Leben als Mitglied einer Gesellschaft auswirken.« (Wright 2017, 61) In einem defensiven Sinne ginge es um die Demokratisierung der liberalen Demokratie. Unmittelbar würde dazu die Eindämmung der Macht des großen Geldes auf die Politik und der Abbau technokratischer Expert*innenpolitik gehören: Statt Macht des großen Geldes und Technokrat*innenherrschaft mehr öffentliche Debatte, an der normale Bürger*innen aktiv teilnehmen können (Balibar 2017).

Zur Vision einer solchen Republik gehören auch die sozialen Rechte und Lebensbedingungen, die es Menschen erlauben, sich politisch zu engagieren, die Ausweitung demokratischer Entscheidungen auf die Wirtschaft und die Bekämpfung von Konzern- und Lobbymacht in der Politik (Leipold/Nabuls/White 2020b, 10). Ein solcher linker Republi-

kanismus kann anknüpfen an ältere sozialistisch-demokratische Theoriebestände, etwa an Überlegungen von Otto Bauer und Wolfgang Abendroth. Otto Bauer betonte, dass die bürgerliche Demokratie zwar eine Form der Klassenherrschaft sei, in der das Bürgertum noch kommandiere. Die demokratischen Formen aber seien Errungenschaften, die Republik ein Gemeinwesen, in dem es den Ausgebeuteten und Unterdrückten möglich sei, sich frei für ihre eigenen Angelegenheiten zu organisieren. Im Hier und Jetzt ist die Republik insofern eine Ordnung, wie Bauer formuliert, in der das Bürgertum unter dem ständigen Druck der Arbeiter*innenbewegung regiert (Bauer 2017, 90–92). Diese Republik ist aber stets halbiert, weil – wie man in Anlehnung an Wolfgang Abendroth formulieren kann – die bürgerlich-kapitalistische Eigentumsform stets zu starker sozialer Ungleichheit und auch der Ballung wirtschaftlicher und damit antidemokratischer wirtschaftlicher Macht führt (Abendroth 1972, 118–119)⁸. Der linke Republikanismus wäre daher transformatorisch. Erst durch die Schaffung eines umfassend sozial schützenden, eines die Macht der Arbeiter*innen stärkenden Sozialstaates und mit Hilfe von Elementen der Wirtschaftsdemokratie ist eine ganzheitliche Demokratie und Republik zu schaffen, in der das Volk, plebeisch verstanden, bestimmt. Volkssouveränität in diesem Sinne kann es vollkommen daher nur in einer sozialistischen Gesellschaft geben (Bauer 2017, 178).

Dieser Linksrepublikanismus könnte aus drei Gründen zur Herausbildung einer tragfähigen gesellschaftlichen Allianz des Grünen Sozialismus beitragen: *Erstens*, weil die Idee des aktiven Bürgers und einer Vertiefung der Demokratie selbst Menschen aus unterschiedlichen sozialen Lagen, mit unterschiedlichen Klassengeschichten, verbinden könnte (Mouffe 2018, 79). *Zweitens*, weil die Vision einer neuen sozialen und ökologischen Republik sowohl antagonistischeren popular-demokratischen als auch liberal-demokratischen Orientierungen einen gemeinsamen Rahmen bietet. *Drittens*, weil die sozialökonomische Fundierung der Republik die neue Republik als eine Ordnung ausweist, die formulierte Interessen verwirklichen wird: sozial, demokratischer, ökologisch. Der Grüne Sozialismus könnte nicht nur an die demokratischen Ansprüche verschiedener sozialer Bewegungen, von Initiativen und Bürgerbewegungen anknüpfen, die sich aktiv in die Politik einbringen; er könnte auch das »Unbehagen an der Politik« aufgreifen, dass

8 Laut Abendroth (1972) erkennt das im Grundgesetz garantie Sozialstaatsprinzip an, dass die »liberalkapitalistische Sozialordnung« an sich keineswegs gerecht ist und deshalb gegenüber Staatseingriffen autonom betrachtet werden müsse. Im Gegenteil, die Gesellschaft wird als Gestaltungsgegenstand des Staates ausgewiesen (ders. 113–114). Das aber hat weitreichende Implikationen: Die Sozialordnung selbst wird, eben vermittelt über das Sozialstaatsprinzip, »(...) dem unmittelbar demokratisch bestimmten Staatsorgan, also dem Gesetzgeber unterworfen. Das entscheidende Moment des Gedankens der Sozialstaatlichkeit im Zusammenhang des Rechtsgrundsatzes des Grundgesetzes besteht also darin, daß der Glaube an die immanente Gerechtigkeit der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgehoben ist, und daß deshalb die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Gestaltung durch diejenigen Staatsorgane unterworfen wird, in denen sich die demokratische Selbstbestimmung des Volkes repräsentiert.« (ders. 114). Abendroth geht allerdings noch einen Schritt weiter, er verteidigt nicht nur die verfassungsrechtliche Legitimität des Eingriffs in die Eigentumsverhältnisse, er attestiert auch ein Spannungsverhältnis zwischen demokratisch nicht legitimierbarer wirtschaftlicher Macht und politischer Demokratie (ders. 118–119).

es in den Deutungsmustern gibt, die ich rekonstruiert habe – und gleichzeitig auf die vorhandene Wertschätzung demokratischer Errungenschaften eingehen. Das gilt in besonderem Maße für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, aber auch für den (Enttäuschten) Sozialliberalismus, die Ökologie-Zuerst-Bewegten und die Leistungsorientierten Sozialkonservativen. Und wie ist es mit den sozialen Milieus bzw. den politischen Lagern? Gehört zu diesem Republikanismus auch die Bedeutung, dass soziale Sicherheit und Schutz, soziale Emanzipation schlechthin die Bedingungen dafür sind, dass eine wirkliche demokratische Teilhabe aller (und deshalb eine wirkliche Republik) möglich ist, könnte er nicht nur die Lager der fortschrittlichen Höherqualifizierten und Arbeitermitte ansprechen. Möglich wäre es auch, den Bogen zu denen zu schlagen, die keinen empathischen Bezug zur Demokratie haben, aber nach sozialem Schutz suchen. Dafür aber muss der linke Republikanismus notwendigerweise mit einem starken und deutlich ausgebauten Sozialstaat verbunden werden.

Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates, möglicherweise die Vision einer Neugründung, wäre daher ein wichtiger Baustein eines solchen linken Republikanismus. Über die Vision einer Neugründung des Wohlfahrtsstaates könnten verschiedene mögliche Trägergruppen der gesellschaftlichen Allianz eines Grünen Sozialismus angesprochen werden. Es wäre ein Projekt, das unterschiedliche Gruppen – ob man nun den Blick auf die rekonstruierten Deutungsmuster oder die Zugehörigkeit zu Milieus oder Lagern richtet – verbinden könnte. Leitsterne einer Neuausrichtung der Sozialstaatspolitik könnten die Ziele sein, soziale Gleichheit zu stärken (innerhalb der Arbeiter*innenklasse, aber auch zwischen Arbeiter*innenklasse und lohnabhängiger Mittelklasse) (Esping-Andersen 1985, 10) und die Macht der Angehörigen der beiden lohnabhängigen Klassen auszubauen. Zu diesem Zweck müsste das Projekt des Grünen Sozialismus zwingend an die verbreiteten populären Ideologien anknüpfen. Der Wohlfahrtsstaat selbst hat in der Zeit seines Ausbaus neue Ansprüche in der Bevölkerung hervorgebracht, die eng mit der Idee verbunden sind, der Staat sei für das Wohlergehen der Bürger*innen (mit-)verantwortlich – Vorstellungen von sozialen Rechten und Forderungen nach wirtschaftlicher Gleichheit, die auch das Alltagsbewusstsein verändert haben (Laclau/Mouffe 2000, 204).

In jüngeren Ergebnissen der Lohnabhängigenbewusstseinsforschung wurde unterstrichen, dass neoliberalen Orientierungen, soweit es um Ansprüche an die Erwerbsarbeit geht, unter den befragten Beschäftigten nicht hegemonial wurden (Kratzer/Menz/Tullius/Wolf 2015, 394). Ähnliches legen meine Befunde mit Blick auf die Bewertung sozialer Ungleichheit und des Sozialstaates nahe. Die qualitative Kurzbefragung und die Deutungsmusteranalyse haben deutlich gezeigt: Im von mir untersuchten gewerkschaftlichen Milieu wurde – quer zu den berücksichtigen Beschäftigtengruppen: Beschäftigte aus der Wertschöpfungskette Automobil, dem Handel, dem ÖPNV und den Krankenhäusern – mindestens eine schützende, eine befähigende, häufig aber auch eine umverteilende und das Öffentliche (zumindest punktuell) stärkende Wohlfahrtsstaatspolitik gewünscht. Allerdings: Ein Teil der Befragten sprach sich für eine strafende Sozialpolitik »imaginieren faulen Erwerbslosen« gegenüber aus, Vorbehalte gegenüber Migrant*innen schränken die Solidaritätsbereitschaft bei einer relevanten Minderheit durchaus ein. Das fordert eine offensive Politik der Gleichheit heraus. Dennoch kann gelten: Die (empirischen) Forschungsergebnisse zeigen deutlich, dass der Anspruch, der Wohlfahrtsstaat sollte in einem Mindestmaß für das Wohlergehen der

Bevölkerung sorgen, nach wie vor ebenso weit verbreitet ist wie die Wertschätzung des Wohlfahrtsstaates groß ist. Insofern bestätigen sie die Ergebnisse der quantitativen Studien, auf die ich in Kapitel 5.1. eingegangen bin. Wichtig ist an dieser Stelle: Was genau dieses Wohlergehen ist, ist keineswegs fixiert. Im Mindestmaß ist es der Anspruch, dass Menschen in sozialer Sicherheit, ohne akute Not leben können sollten. Sowohl die qualitative Kurzbefragung als auch die Deutungsmusteranalyse haben darüber hinaus deutlich gemacht, dass es nicht das eine konkrete sozialpolitische Thema gibt, an dem sich Kritik festmacht. Eine gemeinsame Klammer unterschiedlicher Problemwahrnehmungen kann einerseits das Unbehagen am Wachstum sozialer Ungleichheit sein, andererseits der Wunsch – mindestens – nach einem schützenden und befähigenden Sozialstaat. In dieser Klammer finden sich etwa Problematisierungen von Renten- und Einkommensarmut genauso wieder wie die Kritik an einem fehlerhaften Bildungssystem und Forderungen nach der Entmarktlichung des Gesundheitssektors oder nach einem anderen Umgang mit Erwerbslosen. Darüber hinaus sind die Sozialstaatsansprüche, die innerhalb der verschiedenen Deutungsmuster ihre eigentliche Bedeutung erhalten, deutlich ungleich (siehe Kap. 6.1.2). Die stärksten Anknüpfungspunkte für eine wohlfahrtsstaatliche Politik der Gleichheit und Demokratisierung bieten das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen und die Unterströmung Klimasoziale (siehe Kap. 5.3.8).

Die Wohlfahrtsstaatspolitik des Grünen Sozialismus könnte drei Erzählungen umfassen. Es geht *erstens* um einen *ökologischen Wohlfahrtsstaat*: Der Sozialstaat der Zukunft muss Klimaschutzstaat sein. In der heutigen Zeit, in der die Klimakatastrophe keine abstrakte Möglichkeit mehr ist, sondern greifbarer wird, muss die Neugründung des Sozialstaates mit stärkeren ökologischen Zielsetzungen verbunden werden. »Angesichts der Folgen des Klimawandels für »die da unten« ist es ein soziales Thema per se.« (Händel 2021) Der Sozialstaat muss einen Schutzschild für die Beschäftigten schaffen. »Wer Angst um den Arbeitsplatz, sein Einkommen oder seine Altersvorsorge hat, ignoriert die [...] ökologischen Fragen [...].« (Ypsilanti 2017, 197) Diese Warnung ist ernst zu nehmen. Deshalb ist ein starker Wohlfahrtsstaat als Unterstützer eines effizienten ökologischen Umbaus zu begreifen. Es ginge darum sozialen und ökologischen Schutz zu verbinden (Mouffe 2023, 91–92). Bereitschaft zu weitergehendem Klima- und Umweltschutz kann so politisch gefördert werden. Darüber hinaus könnte ein neuer Wohlfahrtsstaatspolitik ein Motor für den Umbau der Wirtschaft sein – wer fordert, dass massiv in klimafreundliche Bereiche investiert wird, die den Menschen nützen, wie etwa Pflege, Bildung oder Nahverkehr, fordert faktisch den staatlichen Ausbau einer Gemeinwohlokonomie. Diese Erzählung kann nicht nur an Ansprüche anknüpfen, die von Klimasozialen stark gemacht werden, sie ermöglicht es auch, das Interesse der Gemeinwohldemokrat*innen an einem sozial fairen Klimaschutz aufzugreifen und möglicherweise die skeptische Offenheit der Sozialliberalen für Klimaschutzmaßnahmen in aktive Unterstützung zu verwandeln.

Der neue Sozialstaat muss *zweitens* ein *freiheitsstärkender Wohlfahrtsstaat* sein: Freiheit »[...] ist die Fähigkeit, Entscheidungen bezüglich des eigenen Lebens zu treffen.« (Wright 2017, 61). Der Sozialstaat soll in diesem Sinne die Freiheit der Menschen fördern. Ich kann »frei von« etwas, und »frei zu« etwas sein. Der Sozialstaat soll beides leisten, die

Freiheit von sozialen Nöten vergrößern, zudem aber die »Freiheit zu« stärken. In diesem Sinne soll der Sozialstaat »Freiheitsgüter⁹ zur Verfügung stellen, die die Entfaltungsmöglichkeiten der Einzelnen fördern. Dabei kann es um die Freiheit der Bewegung gehen (indem wir Mobilität durch ausgebauten Nahverkehr und gute Straßen fördern), um Bildung (indem wir gleiche Entwicklungsmöglichkeiten durch ein gutes Schulsystem fördern) oder gute Renten. Freiheit entsteht in diesem Sinne auch durch soziale Sicherheit. Erst soziale Sicherheit versetzt Menschen in die Lage ein sinnvolles Leben zu führen. »Sie versetzt sie in die Lage Ansprüche zu formulieren und ihr Leben mitgestalten und entwerfen zu können.« (Hürtgen/Vossinkel 2014, 356) Sozialstaatliche Sicherheitsgarantien können in turbulenten Zeiten Handlungsfähigkeit stärken. »Sicherheit meint, sich Vorstellungen über die kommenden Entwicklungen und eigene Handlungsmöglichkeiten darin machen zu können.« (Ebd.) Naheliegend ist für die Begründung der Rückgriff auf einen sozialen Freiheitsbegriff, wie ihn beispielsweise Axel Honneth vorschlägt:

»Die einzelnen Subjekte können ihr Vermögen zur Freiheit nur als Mitglieder einer sozialen Gemeinschaft realisieren, welche ihrerseits aber in dem Sinn frei sein muß, daß die reziproke Erfüllung der allgemein geteilten Absichten ohne Zwang und daher in einer Einstellung der wechselseitigen Anteilnahme erfolgt.« (Honneth 2015, 52–53)

Die empirischen Befunde meiner Untersuchung zeigen: Ob nun das verbreitete Plädoyer für schützende Sozialpolitik, die Befürwortung einer Sozialpolitik des Öffentlichen (insbesondere im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen, punktuell aber auch in anderen Mustern) oder die in »Klimaschutzinteressen von unten« formulierten Sorgen, dass die Kosten des ökologischen Umbaus die gewöhnlichen Leute zu zahlen haben, eine solche Freiheits- und Sicherungspolitik kann durchaus auf Unterstützung hoffen.

6.3.4 Wirtschaftsrepublikanismus: Für eine Demokratisierung der Wirtschaft

Wirkliche Freiheit, Gleichheit und Demokratie wird es nur geben, wenn die Bürger*innen unseres Gemeinwesens nicht nur als Staatsbürger*innen frei und gleich sind, sondern »[...] wenn die Selbstregierung des Volkes im demokratischen Gemeinwesen ihre Basis findet in der Selbstregierung der Arbeiter in einer republikanischen Wirtschaft.« (Bauer 2017, 178) Das Plädoyer für einen neuen Sozialstaat sollte deshalb *drittens* mit dem Werben für eine *Demokratisierung der Wirtschaft* verbunden werden – auch als Bedingung für eine ökologisch nachhaltige Weise des Wirtschaftens und Konsumierens (Rackwitz 2022, 117), wie in den Varianten eines linken Green New Deals unterstrichen wird (siehe Kap. 2.3).

Der Sozialstaat kann die Macht der abhängig Beschäftigten stärken – oder die Macht der Unternehmer*innen. Wenn der Staat beispielsweise Leiharbeit und Befristungen

⁹ Zum Konzept der Freiheitsgüter siehe die Diskussion der PDS in den 1990er und frühen 2000er Jahren. Ausführlich Michael Brie: »Freiheit und Sozialismus. Die Programmatik der PDS in der Diskussion« (Brie 2002).

fördert, macht er Beschäftigte verletzlicher. Er stärkt die Macht des Kapitals. Gelingt es, die Mitbestimmung zu stärken, dann stärkt das die Macht der Beschäftigten. Um Freiheit und Lebensglück für die Mehrheit und mehr Gleichheit zu erreichen, ist die Stärkung von Lohnabhängigenmacht gegen die Macht der Lobbys und Konzerne entscheidend. Allerdings ist Wirtschaftsdemokratie mehr als die Stärkung der Lohnabhängigenmacht.

Gemeinwohlorientierung: Es geht darum, die Zielsetzung des Wirtschaftsprozesses zu ändern. Durch Wirtschaftsdemokratie soll das Gemeinwohl gefördert werden. Die grundlegenden Bedürfnisse aller sollen befriedigt werden, auf die Anliegen der gewöhnlichen Menschen reagiert werden (Kelly/Howard 2019, 3). *Ausweitung der Volkssouveränität:* Dieses Ziel soll erreicht werden, indem zu den bekannten Formen der Top-Down-Führung (markzentrierte hierarchische Führung in und durch Unternehmen; zentralisierte autoritäre Planwirtschaften; bürokratisch-hierarchische keynesianische Steuerung) demokratische Alternativen gefunden werden, durch die das Prinzip der demokratischen Volkssouveränität auf den Bereich der Wirtschaft ausgeweitet wird, also die demokratische Mitwirkung der Beschäftigten und der Bevölkerung auch in der Wirtschaft ermöglicht wird (Berry/Guinan 2019, 30). *Wege der Demokratisierung:* Anknüpfend an Pelle Dragsted können vier Wege der Demokratisierung beschritten werden (siehe auch: Scherer/Vilmar 1985, 106f.): Erstens werden neue Formen des nicht-kapitalistischen Wirtschaftens unterstützt, die demokratisch organisiert sind, etwa Genossenschaften oder Kooperativen. Zweitens werden Elemente der demokratischen Planung staatlich eingeführt, die einen Zielrahmen für die Wirtschaft setzen. Drittens werden Reformen auf den Weg gebracht, die möglicherweise das Eigentumsverhältnis nicht ändern, aber die Rechte der Kapitalist*innen so verändern und herausfordern, dass soziale und ökologische Anliegen erfüllt werden. Dragsted greift hier Ideen des skandinavischen Reformsozialismus auf (»funktionaler Sozialismus«), der durch effiziente staatliche Regulierung und Stärkung der Beschäftigtenmacht mindestens die Ergebnisse privatwirtschaftlicher Aktivitäten so zu lenken suchte, dass das Gemeinwohl möglichst gestärkt würde (Adler-Karlsson 1973, 42f). Einen vierten wirtschaftsdemokratischen Baustein deutet Dragsted lediglich an: die Ausweitung von Mitbestimmungsmöglichkeiten über das heutige System der betrieblichen Interessenvertretung hinaus zu wirklichen Betriebsdemokratien. In Betriebsdemokratien können Beschäftigte und deren gewählte Vertreter*innen direkt über die wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen eines Unternehmens (mit-)bestimmen. Auch hier möchte ich auf die von mir geführten Gespräche zurückkommen.

Können die Erzählungen einer ökologischen und freiheitsstärkenden Wohlfahrtsstaatspolitik an verschiedene vorherrschende Elemente der populären Ideologie anknüpfen, gehen Rufe nach einer Wirtschaftsdemokratie deutlich über die Ansprüche und Sozialstaatsorientierungen hinaus, die in den rekonstruierten Deutungsmustern ausgedrückt wurden. Wie ich in Kapitel 5.3.8 dargelegt habe, brachte kaum eine/r meiner Gesprächspartner*innen wirtschaftliche Demokratisierungsforderungen im engeren Sinne (Rahmenplanung, regionale Wirtschaftsräte oder Betriebsdemokratie) von sich aus als Forderung auf. Dennoch zeigte sich unter den Interviewten, die ich ausdrücklich nach ihrer Meinung zu entsprechenden Demokratisierungsvorschlägen fragen konnte (24 Beschäf-

tigte), ein Teil durchaus offen und interessiert. Zwar waren die Reaktionen völlig situativ und inhaltlich spontan, weil die Befragten sich nicht über einen längeren Zeitraum eine begründete Meinung bilden konnten, denn über wirtschaftsdemokratische Ideen wurde weder in ihrem Umfeld, noch in der Medienöffentlichkeit diskutiert. Dennoch lassen sich die empirischen Eindrücke, die ich als Meinungstendenzen rekonstruiert habe, als Anhaltspunkte dafür nehmen, auf welche positiven und negativen Reaktionen der Grüne Sozialismus Bezug nehmen könnte und müsste, würde die Demokratisierung der Wirtschaft als Teil eines sozial-ökologischen Reformprojektes stärker gefordert. In der folgenden Tabelle habe ich die wichtigsten Argumente für und gegen die Demokratisierung der Wirtschaft zusammengefasst, die meine Gesprächspartner*innen vorbrachten.

Tabelle 54: Meinungstendenzen Pro/Contra Wirtschaftsdemokratie

	Pro	Contra
Rahmenplanung	<ul style="list-style-type: none"> - Bessere/sinnvollere Produkte - Partizipation als Wert an sich - Kontrolle Unternehmensmacht - Beeinflussung Wirtschaftsprozess - Sicherung/Schaffung Arbeitsplätze 	<ul style="list-style-type: none"> - Markt ermöglicht Kundenbeteiligung - Unternehmensapparate erfassen Kundeninteressen - Manipulation von Interessen führt zur falschen Allokation
Wirtschaftsräte	<ul style="list-style-type: none"> - Beeinflussung Regionalentwicklung - Partizipation als Wert an sich - Partizipation als Mittel der Konfliktvermeidung - Verbesserung der Entscheidungen - Einfluss sicherung der einfachen Leute/Kontrolle der Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> - Vorhandene kommunal- und regionalpolitische Beteiligungsmöglichkeiten reichen aus - Abstimmungen politisieren und führen zu Unzufriedenheit
Betriebsdemokratie	<ul style="list-style-type: none"> - Besseres Produzent*innenwissen - Vetomacht gegen Unternehmer*innenegoismus - Beteiligung als Teilung von Verantwortungslast 	<ul style="list-style-type: none"> - Abstimmungen polarisieren und führen zu Unzufriedenheit - Fehlende Fertigkeiten - Fehlender Leistungs- und Wirtschaftlichkeitssanreiz - Entscheidungsfindung kaum möglich

Quelle: Eigene Darstellung

Meines Erachtens sprechen weder die skeptischen, noch die ablehnenden Meinungen, die ich in Kapitel 5.3.8 nachgezeichnet habe, dagegen, für die Wirtschaftsdemokratie zu werben. Demokratisierungserzählungen müssten aber eng von den in Kapitel 5 rekonstruierten Ideologien ausgehen, auf wichtige Einwände (insbesondere auf das Misstrauen in die Fertigkeiten der Beschäftigten) eingehen und konkret verdeutlichen, wie die verschiedenen Bausteine einer Demokratisierungsstrategie funktionieren können. Denn auch in den empirischen Befunden über Deutungsmuster (siehe Kap. 5.3) und Deutungstendenzen (siehe Kap. 5.2) im gewerkschaftlichen Milieu finden sich Anschau-

ungen, auf die sich eine Demokratisierungserzählung stützen könnte. Auf diese möchte ich abschließend eingehen.

Das Unbehagen an zu großer sozialer Ungleichheit: Wie bereits ausgeführt, ist das Unbehagen an zu großer sozialer Ungleichheit weit verbreitet. Zumindest im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen wird die Ungleichheit, auch die Erosion der sozialen Mitte, auf die Interessen der Unternehmen zurückgeführt. In anderen Mustern wird lediglich konstatiert, dass eine soziale Polarisierung zu beobachten sei. Hier kann eine Demokratisierungserzählung anknüpfen, um das Ziel einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft zu popularisieren, »die für alle funktioniert, nicht nur für wenige«. Dabei wäre zu erklären, weshalb die regulierte Privatwirtschaft das Gemeinwohl zerstört und wie genau durch demokratische Mitbestimmung eine gleichere und solidarischere Sozialordnung entstehen kann. Denn auch das ist ein Befund dieser Studie: Popularisierte Theorien der Ausbeutung, die auch eine alternative Sozialordnung begründen könnten, waren auch bei den von mir interviewten Angehörigen des gewerkschaftlichen Milieus kaum vorhanden.

Das Unbehagen an der Politik: Das Unbehagen an der Politik, insbesondere an der höheren politischen Einflussmacht von Wohlhabenden und Unternehmen kann paradoxe Weise ein weiterer Ausgangspunkt sein. Eine Demokratisierungserzählung müsste begründen, wie und weshalb die vier genannten Bausteine der Demokratisierung, insbesondere der demokratischen Planung und der Betriebsdemokratie, dazu beitragen würden, die politischen Anliegen der gewöhnlichen Menschen stärker zur Geltung zu bringen.

Das Interesse an starker Regulierung: Die qualitative Kurzbefragung hat gezeigt, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten der Meinung war, der Staat solle die Macht der Unternehmen einschränken und klare Vorschriften machen. Ein Teil der Befragten befürwortete dies, weil dies ihren Vorstellungen von der heutigen sozialen Marktwirtschaft entsprach, ein anderer Teil wünschte sich deutlich stärkere Einschränkungen der Kapitalmacht. Von diesen Haltungen kann eine Regulierungspolitik ausgehen, die die Rechte der Unternehmen so sehr einschränkt und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Belegschaften so weit stärkt, dass die Betriebe in einem Mindestmaß gemeinwohlorientiert und ökologisch wirtschaften müssen.

Wünsche nach einer Politik des Öffentlichen: Zumindest das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen umfasst eine Sozialstaatsorientierung, für die auch der starke Wunsch nach Politiken des Öffentlichen typisch ist. Punktuell ist dies auch im Muster des Sozialliberalismus der Fall, stärker noch bei der Unterströmung der Ökologie-Zuerst-Bewegten, den Klimasozialen. Interviewte, die sich in diesem Sinne äußerten, begründeten das in der Regel damit, dass die Öffentliche Hand gute Güter und Dienstleistungen sicher zur Verfügung stellen kann, die allen zur Verfügung stehen sollten, um ein angemessenes Leben zu führen. Implizit oder explizit wurde damit zugleich gesagt, dass Unternehmen, in denen Profitabhängige den Ton angeben, dies nicht können. Was genau aber allen zur Verfügung stehen sollte, welche Güter und Dienstleistungen also nicht kapitalistisch erzeugt werden sollten, ist eine Frage, die öffentlich diskutierbar ist. Antworten hängen, das zeigen auch meine Befunde, von Erfahrungen mit privatwirtschaftlichen Engpässen oder Missständen ab (etwa im Pflege- und Gesundheitssektor) und von plausiblen Argumenten dafür, wieso nicht-kapitalistische Formen des Wirt-

schaftens besser dazu in der Lage sind, eine gute Grundversorgung zu gewährleisten – ob nun durch die Öffentliche Hand, oder durch Genossenschaften und Kooperativen.